

# wir kaufleute

5/09

Monatszeitschrift des Kaufmännischen Verbandes Zürich



Wenn die Märkte versagen, hilft nur noch der Staat –  
entweder der eigene oder ein fremder

# Staat und Regulation

Nicht serviler Nachvollzug anglo-amerikanischer Vorgaben, sondern die volkswirtschaftlichen Standortinteressen sind die beste Richtschnur bei der anstehenden Regulation des Schweizer Banken- und Finanzsystems. Die Zukunft des Finanzplatzes nach dem Ende des Bankgeheimnisses liegt in der geopolitischen Repositionierung als transparente, neutrale Finanzdrehscheibe.



Die Steueroase Schweiz ist tot. Anvisiert vom ersten G-20-Gipfel im vergangenen November in Washington, abgeschossen von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und schliesslich definitiv zu Grabe getragen vom zweiten G-20-Gipfel am 2. April in London. Die Schweiz steht auf der grauen Liste und bekam eine Frist, um die OECD-Standards im Informationsaustausch anzuwenden.

«Seit November wurde im Kampf gegen Steueroasen mehr erreicht als in den zehn Jahren zuvor», meinte dazu OECD-Generalsekretär Angel Gurría. Gebeutelt von der Finanzkrise, konnte und wollte es sich kein G-20-Land mehr leisten, Milli-

arden Dollars an Einnahmen zu verlieren, weil fremde Steueroasen seinen Bürgern und Unternehmen Hand zur Hinterziehung von Einkommens- und Vermögenssteuern bieten.

Wohlverstanden, gestorben sind nur die landesfremden Steuerparadiese, die dem Fiskus der Herkunftsländer der Defraudanten Steuersubstrat entziehen. Landeseigene Paradiese, wo Grossunternehmen und die reiche Oberschicht des betreffenden Landes ihre Steuern unter Kontrolle der jeweiligen Regierung optimieren können, gibt es nach wie vor. Zum Beispiel der Staat Delaware für die USA, die Kanalinseln für das Vereinigte Königreich, Monaco für Frankreich oder Zug und Freienbach für die Schweiz.

Der Bundesrat hat den rasanten Tempowechsel im Kampf der Grossmächte gegen die landesfremden Steueroasen verschlafen. Und wurde dafür rasch bestraft. Seine einstigen Freunde in Washington, Berlin, London und bei der OECD in Paris, die das Steuerhinterziehungsgeheimnis jahrzehntelang tolerierten, zwangen die Schweizer Regierung innert Wochen auf die Knie. Besonders viel Druck brauchte es dazu nicht, gleich wie vor gut zehn Jahren bei der Affäre um die nachrichtenlosen jüdischen Konti. Die angedrohte Strafklage gegen die UBS in den USA und der mögliche Entzug der Banklizenz für UBS America bewegten den Bundesrat zur Preisgabe des Bankgeheimnisses,



Text: Gian Trepp,  
freier Journalist  
und Buchautor

das bislang stets als nicht verhandelbar gegolten hatte.

Das vom Londoner G-20-Gipfel verkündete Ende der Ära des Bankgeheimnisses schafft neue Realitäten auf dem Finanzplatz Schweiz. Wie verkraftet das Schweizer Private Banking den Wegfall

ren? Auf dem Spiel stehen Arbeitsplätze, Aktionärsdividenden und Steuereinnahmen.

Auch für das laufende Programm zur Rettung der UBS von Bundesrat, Finanzmarktüberwachung (Finma) und Nationalbank schafft der Wegfall des Bankge-

Finanzsystem zu retten. Der Staat übernimmt den Grossteil des vom gecrashen System produzierten Wertschriftenmülls, sozialisiert damit die von den Abzockmanagern produzierten privaten Verluste und hofft auf einen Wiederaufschwung nach dem Marsch durch das Tal der Tränen.

Soweit sogut. Doch was hat die Schweiz für ein Interesse, Unsummen an Staatsgeldern zur Rettung der vollamerikanisierten UBS Investment Bank zu verbrennen, nachdem die G-20 das Bankgeheimnis abgeschossen hat? Das Geld der Schweizer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, das Bundesrat, bürgerliche Parlamentsmehrheit und Nationalbank der UBS so freigiebig nachgeworfen

## Die Steueroase Schweiz ist tot.

seines Standbeins im Vermögensverwaltungsgeschäft für reiche Privatleute? Sind die anderen traditionellen Standbeine dieses Geschäftes, Währungsstabilität, politische Stabilität, Rechtssicherheit und effiziente Institutionen, stark genug, um den Wegfall zu kompensie-

heimnisses neue Realitäten. Das staatliche Schweizer UBS-Hilfsprogramm ist ein Abklatsch des amerikanischen Programmes. Also einer faktisch unlimitierten staatlichen Kapitalspritze für bankrotte Grossbanken und (teilweise) Versicherungen mit dem Ziel, das bisherige

haben, fließt in ein Fass ohne Boden. Die UBS Investment Bank ist faktisch bankrott und hat als diskreditierte korrupte Schweizer Bank an der Wall Street realistisch gesehen kaum noch Chancen. Die UBS-Vermögensverwaltungsbank in den USA hängt nach der Abschaffung des Bankgeheimnisses sowie wegen der laufenden Zivilklage völlig in der Luft. Der Wegfall des Bankgeheimnisses als strategischen Wettbewerbsvorteils des Finanzplatzes Schweiz auf globalisierten Finanzmärkten macht den Rettungsversuch des Dinosauriers UBS vollends zum volkswirtschaftlichen Schwachsinn.

### Regulation des Finanzplatzes – aber wie?

Die oberste wirtschaftspolitische Priorität bei der anstehenden Regulation des Schweizer Finanzwesens darf nicht die Wiederherstellung des Vertrauens in die UBS und das internationale Finanzsystem sein, sondern der Aufbau des weltweiten Vertrauenskapitals für den Finanzplatz Schweiz nach dem Ende des Bankgeheimnisses. Dazu braucht es zwei Dinge: die Neudefinition der Neutralität gegen Aussen und die Reorganisation des Banken- und Finanzsystems gegen Innen. Die Neutralität ist nötig, weil die Epoche der amerikanisch dominierten globalisierten Finanzmärkte mit der Finanzkrise zu Ende gekommen ist. Die wachsende Regionalisierungstendenz in der Weltfinanz läuft voll gegen die bisherige Schweizer Strategie, den Finanzplatz durch zwei Grossbanken und zwei Grossversicherungen hochzentralisiert an die amerikanisch dominierten globalisierten

Märkte anzudocken. Das hat der G-20-Gipfel aufs Neue bestätigt. Hinter der ganzen Politshow der Globalisierung vertieften sich die Widersprüche der volkswirtschaftlichen Interessen der Nationalstaaten. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Nicolas Sarkozy verteidigten den kontinentaleuropäischen Sozialstaat gegen die anglo-amerikanische Gewinnernimmt-alles-Mentalität von US-Präsident Barack Obama und dem britischen Premierminister Gordon Brown. Gar nicht zu reden vom Protektionismus der Präsidenten Chinas, Russlands und der Entwicklungsländer.

### In Zukunft darf es nicht mehr vorkommen, dass eine private Bank mit Staatsgeldern gerettet werden muss.

Was die anstehende Neuorganisation des Schweizer Finanz- und Bankensystems betrifft, so stehen aus heutiger Sicht folgende zwei Punkte im Vordergrund: Die Redimensionierung der Wasserköpfe UBS und Credit Suisse und die Stärkung der Finanzmarktüberwachung Finma. In Zukunft darf es nicht mehr vorkommen, dass eine private Bank mit Staatsgeldern gerettet werden muss, weil sie zu gross ist, als dass die Volkswirtschaft einen Konkurs verkraften könnte. Dieses Ziel kann am Besten durch eine Stärkung des Staatsbankwesens durch eine neue Postbank erreicht werden. Damit schlägt man zwei Fliegen auf einen Schlag. Zum einen entsteht eine binnenwirtschaftlich ausgerichtete Spar-, Kredit-

und Handelsbank und zum anderen bekommen die Kantonalbanken einen Konkurrenten, was Wettbewerb im Staatsbankensektor schafft.

Bei der Stärkung der Finma geht es im Wesentlichen um den Transfer der bislang bei der Nationalbank angesiedelten Überwachung der Systemstabilität zur Finma. Die Finanzkrise hat gezeigt, dass die zu Beginn des Jahrzehnts beschlossene Aufgabenteilung schädlich ist. Als politisch unabhängige Institution ist die Nationalbank für die Geldpolitik zuständig, sie soll Preisstabilität gewährleisten und dabei der konjunkturellen Entwicklung Rechnung tragen. Doch Fi-

nanzstabilität ist ein politökonomisches Phänomen, das viel mehr als Geldpolitik umfasst, gerade in Krisenzeiten. Ein Land, in dem eine etwa gleichstarke Linke bis aufs Messer gegen die Rechte kämpft, kann keine internationale Kapitaldrehzscheibe sein. Für die eminent politische Aufgabe der Überwachung der Stabilität des Finanzsystems ist die apolitische Nationalbank die falsche Adresse.

Ob die Schweiz in zwanzig Jahren noch einen internationalen Finanzplatz hat, liegt in der Hand von Bundesrat und Parlament. Viel Zeit ist nicht. Die Neudefinition der Neutralität und Reorganisation des Banken- und Finanzsystems drängen. ●

